

BAYERN vorwärts

WWW.BAYERNVORWAERTS.DE

KLARTEXT



JAPANS SCHICKSAL ERSCHÜTTERT UNS ALLE

Was der japanischen Bevölkerung widerfährt, ist für uns alle unfassbar. Die Katastrophe bedeutet unermessliches Leid, unabsehbare Zerstörung und unkalkulierbare wirtschaftliche Folgen. Wir bangen mit der japanischen Bevölkerung um die Folgen der Tragödie. Die Ereignisse zeigen aber auch: Es gibt keine sichere Atomkraft – nirgendwo auf der Welt. Die Nuklearenergie ist und bleibt eine Gefahr für die Menschen. Diese Gefahr ist umso größer, je älter und unsicherer die Kraftwerke sind. Niemand von uns will auf Kosten der Angst in Japan Politik machen. Dennoch dürfen die Ereignisse nicht ohne Konsequenzen für die Politik bleiben:

Mit der Atomkraft muss Schluss sein. Sie ist und bleibt ein Risiko für alle Menschen. Katastrophen sind weder vorhersehbar noch beherrschbar.

Wir müssen zum Atomausstieg zurückkehren.

N. Kohnen

Natascha Kohnen, MdL
Generalsekretärin der BayernSPD

LEIHARBEITNEHMERN EINE LOHNPERSPEKTIVE SCHAFFEN!

BayernSPD fordert flächendeckenden Mindestlohn sowie gleichen Lohn für gleiche Arbeit

Vom Aufschwung kommt bei den bayerischen Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern überhaupt nichts an“, kritisiert der Vorsitzende der BayernSPD Florian Pronold bei einer Leiharbeits-Diskussion mit dem bayerischen DGB-Vorsitzenden Matthias Jena im Landesvorstand. Obwohl es mit der bayerischen Wirtschaft aufwärts gehe, könne in Bayern jeder 12. Arbeitnehmer von seinem Lohn nicht leben. „Horst Seehofer steht bei diesen Menschen im Wort. Er hat ihnen versprochen, für das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit zu kämpfen. Dem muss er endlich nachkommen und den Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern eine Lohnperspektive schaffen“. Die CSU dürfe die Hände angesichts der geltenden Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem 1. Mai nicht in den Schoß legen. Sonst drohe flächendeckendes Lohndumping in Bayern, so Pronold weiter.

„Leiharbeit war nie ein Instrument, um Stammpersonal durch Leiharbeiter zu ersetzen“ stellt der stellvertretende Vorsitzende der BayernSPD Thomas Beyer klar, der die Diskussion innerhalb des Landesvorstandes leitet. Zwar sei Leiharbeit in vielen Betrieben ein sinnvolles Instrument, um Auftragsspitzen abzudecken und um Menschen den Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. „Leiharbeit schafft aber Unsicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, so Beyer. „Sie muss deshalb die Ausnahme bleiben und darf in Bayern nicht zur Regel werden.“

„Leiharbeit ist der Ausnahmefall und darf nicht zur Regel werden.“

Jena stellte den Mitgliedern des SPD-Landesvorstandes die Ergebnisse des DGB-Reports „Leiharbeit in Bayern“ vor. „Es wird höchste Zeit, dass der Konstruktionsfehler im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz von 2004 korrigiert wird,



Der Landesvorstand der BayernSPD hat seine Sitzung im März unter das Thema Leiharbeit in Bayern gestellt und Ministerpräsident Horst Seehofer in die Pflicht genommen. Bei der Sitzung zu Gast war der Vorsitzende des DGB-Bayern Matthias Jena.



TIPP

Der Report „Leiharbeit in Bayern – unreguliert, unterbezahlt, unsicher“ des DGB Bayern ist downloadbar unter http://www.bayern.dgb.de/dgb/Report_Leiharbeit_in_Bayern.pdf
Weiterführende Linktipps zum Thema Leiharbeit: <http://byspd.de/179>

der den Einsatz von Leiharbeitern zu Dumpinglöhnen ermöglicht“ fordert Jena im Zuge dessen. Wie die Studie des DGB Bayern zeigt, arbeiten 80 Prozent der Leiharbeiter in Bayern für Niedriglöhne. Leiharbeiter seien zudem siebenmal häufiger als andere Arbeitnehmer zusätzlich auf Hartz IV angewiesen. „Mit diesem staatlich subventionierten Lohndumping muss Schluss sein. Es mag viele gute Gründe geben, Leiharbeiter zu beschäftigen, aber keinen einzigen, sie schlechter zu bezahlen.“

Mit ihrem Beschluss (Link siehe unten) macht die BayernSPD deutlich, dass sie die schlechte Bezahlung und die unsicheren Arbeitsbedingungen der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nicht akzeptiert. Dass die SPD wesentliche Verbesserungen erzielen konnte, indem sie in den Branchen Leiharbeit, Wachschutz und Weiterbildung einen Mindestlohn durchgesetzt hat, ist ein Erfolg. Das Ziel bleibt jedoch eine gerechte Arbeitswelt für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern. Gelingen kann dies nur mit einem flächendeckenden Mindestlohn und der Umsetzung des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit. ■

Der Beschluss des Landesvorstandes der BayernSPD: <http://byspd.de/17b>



GÜNTER GLOSER,

MDB AUS NÜRNBERG, STAATSMINISTER FÜR EUROPA A.D., VORSITZENDER DES GESPRÄCHSKREISES NAHOST UND ZUSTÄNDIGER BERICHTERSTATTER DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION FÜR NORDAFRIKA

Lieber Günter, sind die Ereignisse in den arabischen Ländern etc. ein historischer Wendepunkt oder eine vorübergehende „demokratische Fata Morgana“?

Noch hat der Umbruchprozess nicht seinen Abschluss gefunden. Das mutige Engagement unzähliger, insbesondere junger Menschen, welches autoritäre Führer aus dem Amt gejagt hat, muss als einmaliges Ereignis von historischer Bedeutung bewertet werden.

Können wir helfen, die Demokratisierungsprozesse in Tunesien bzw. Ägypten zu stabilisieren?

Die EU kann und muss den Ländern in Nordafrika helfen, sei es durch Beratung bei freien Wahlen, Aufarbeitung der Geschichte, etc., aber auch durch die Öffnung des europäischen Binnenmarktes z.B. für landschaftliche Güter. Ich spreche mich auch für eine temporäre Migration aus. Mit der von Frank-Walter Steinmeier und mir vorgelegten Forderung nach einem „Marshall-Plan“ werden einige Möglichkeiten angesprochen.

Welche Lehren sollte die EU bzw. die deutsche Politik aus den Umstürzen bzw. Unruhen ziehen?

Die EU hatte in der Vergangenheit häufig nur ihre eigenen Interessen vor Augen wie z. B. Sicherheit & Stabilität oder Kampf gegen den Terrorismus. In diesem Zusammenhang dürfen wir künftig nicht mehr die Augen vor der Repression gegen die eigene Bevölkerung verschließen. Unsere Hilfe muss sich an der Beachtung der Menschenrechte, der Verwirklichung der demokratischen Grundfreiheiten ausrichten.

Siehe auch: „Marshallplan“ für Mittelmeerraum: <http://byspd.de/174> (PDF)
Weitere Infos: www.guenter-gloser.de

BUNDESWEHR: REFORMCHANCE STATT MOGELPACKUNG!

Der Schweinsgalopp der Bundeswehrreform ist mit dem Rücktritt von zu Guttenberg erst einmal gestoppt. Statt medienwirksam vermeintliche Patentrezepte zu präsentieren, kann sich der neue Verteidigungsminister Thomas de Maiziere nun den eigentlichen Aufgaben widmen: Welche Fähigkeiten braucht unsere Bundeswehr, um den Herausforderungen von morgen gerecht zu werden? Welche Reformvorschläge sind sinnvoll und welche Mogelpackungen? Und insbesondere, wie kann die Bundeswehr ohne Wehrpflicht fähigen Nachwuchs gewinnen?

Dass die Bundeswehrreform mit einem Spardiktat von 8,3 Mrd. Euro nicht zu bewerkstelligen sein würde, war allen Beteiligten von Anfang an klar. Zu Guttenberg hat dennoch freimütig die Einsparungen selbst mit beschlossen, um kurze Zeit später einen Aufschub zu fordern. Auch wenn Finanzminister Schäuble nun eine Gnadenfrist von einem weiteren Jahr eingeräumt hat, so ist die Guttenbergsche Reform eine Totgeburt. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die völlig unrealistischen Einsparvorgaben der nächsten Bundesregierung vor die Füße gekippt werden sollen. Offenbar gehen Merkel und Seehofer inzwischen auch davon aus, dass sie dann nicht mehr die politische Verantwortung dafür tragen werden.



Vom 8. bis 12. März reiste Susanne Kastner, Mitglied des Präsidiums der BayernSPD, nach Afghanistan. Im Mittelpunkt der Reise standen Gespräche mit Soldatinnen und Soldaten in Kundus, Masar-e-Sharif und Feyzabad.

Reform von Anfang an falsch aufgezogen

Guttenberg habe die Reform von Anfang an falsch aufgezogen, so die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages Susanne Kastner. „Richtig wäre gewesen, erst einmal zu klären, welche Aufgaben unsere Soldaten künftig bewerkstelligen sollen bzw. müssen. Daraus hätte man die personelle Struktur und die finanziellen Vorgaben ableiten müssen“. Die Reform sei jedoch bereits in der Planungsphase in eine Schieflage geraten, da sie in erster Linie von der Kassenlage abhängig gemacht wurde. Aus der Bundeswehr häufen sich besorgte Stimmen, die ein Scheitern der Reform befürchten. Wichtig sei nun, so Kastner, die Pläne nochmals komplett auf den Prüfstand zu stellen.

Peter Paul Gantzer, MdL, Berichterstatter in der Landtagsfraktion: „In der Frage der Bundeswehrstandorte war weder auf die CSU noch auf Guttenberg Verlass. Umso dringender ist es jetzt, mit dem neuen Verteidigungsminister über Bayerns Interessen zu verhandeln.“ Man könne nicht durch Standortschließungen und der Auflösung der Kreiswehrersatzämter die Präsenz in der Fläche und die Verankerung der Bundeswehr innerhalb der Bevölkerung in Frage stellen, so der Bundeswehrexperte. Darüber hinaus müssen, so forderte die Landtagsfraktion im März in einem Dringlichkeitsantrag, unvermeidbare Veränderungen durch geeignete Konversions- und Entwicklungsmaßnahmen begleitet werden. ■

Weitere Infos: www.susanne-kastner.de
Arbeitsgruppe der Bundestagsfraktion:
<http://byspd.de/175>

BAYERNSPD RUFT AUF: AKW ISAR 1 – ABSCHALTEN, JETZT!

Die Laufzeitverlängerung für die deutschen Atomkraftwerke war und ist ein großer Fehler. Sie behindert den dringend notwendigen Ausbau der Erneuerbaren Energien und sie ist, wie leider das Beispiel aus Japan zeigt, sehr gefährlich. Atomkraft ist nie sicher.

Isar 1 bei Landshut ist der älteste und unsicherste bayerische Reaktor. Er wäre nach dem alten Atomgesetz im Juni 2011 stillgelegt worden. Übrigens: Dank des Ausbaus der Erneuerbaren Energien brauchen wir den Strom aus Isar 1 nicht mehr. Er läuft nur für den Stromexport und die Dividende.

Deshalb rufen wir auf, am Samstag, den 4. Juni um 13 Uhr den alten Atomreaktor Isar 1 zu umzingeln!

Mehr Infos hier:
<http://bayernspd.de/extras/anti-atom-demo>
www.anti-atom-bayern.de

25 JAHRE TSCHERNOBYL

Am 26. April 1986 explodierte das AKW Tschernobyl in der Ukraine. Am Ostermontag, 25. April 2011, einen Tag vor dem 25. Jahrestag der Reaktorkatastrophe, wird es bayernweit 3 große Demonstrationen geben: an den AKW-Standorten Gundremmingen, Grafenrheinfeld und Niederaichbach (Isar1).

Infos: <http://byspd.de/176>

Niederaichbach: Mahnwachen für die Abschaltung von Isar 1
06.04. mit Philipp Dees, Juso-Vorsitzender
11.04. mit Linus Förster MdL
18.04. mit Natascha Köhnen, MdL, Generalsekretärin
Jeweils ab 18 Uhr

Infos:
www.mahnwache-isar1.de/

ZAHL DES MONATS:

1.000.000.000

Eine Milliarde Euro gehen Bayern jedes Jahr verloren, weil es nicht genügend Steuerfahnder gibt. Die SPD-Landtagsfraktion fordert, die Steuerverwaltung in Bayern endlich angemessen zu besetzen, um Steuergerechtigkeit herzustellen. Der Ehrliche ist im noch-CSU-Staat der Dumme. Dass sich das für den Freistaat auszahlt belegen im Jahr 2008 sowohl das Mehrergebnis pro Umsatzsteuersonderprüfer mit 1.197.512 Euro als auch das das Mehrergebnis eines Steuerfahnders mit 740.152 Euro.

FUTTER FÜR DEN MUNDFUNK IM APRIL 2011

C-01-2011: Seehofer –
immer das Fähnchen im Wind
C-02-2011: CSU – der Staat sind wir?!?:
die CSU und ihre aktuellen Skandale
C-03-2011: Wir brauchen Fortschritt statt
Rückschritt: die schwarz-gelbe Klientelpolitik
und unsere Alternativen
Fr-01-2011: Frauen in der bayerischen Politik –
Zahlen und Fakten

Und so geht's:

Bitte die entsprechenden Nummer(n)
der Argumentationshilfe(n) angeben.

Download im Internet unter
www.bayernspd-mundfunk.de

Per E-Mail: info@bayernspd.de

(Datei oder Ausdruck? Absender!)

Telefonisch: 089 - 23 17 11 0

Per Post: BayernSPD, Oberanger 38,
80331 München

IMPRESSUM

BayernVorwärts

Verantwortlich: Rainer Glaab

Redaktion: Maria Deingruber, Alina Fuchs,

Holger Reise, Jarmila Schneider, Rüdiger

Löster, Anne Jacobs

BayernVorwärts-Redaktion

Georg-von-Vollmar-Haus

Oberanger 38 / II. 80331 München

TEL (089) 23 17 11 0, FAX (089) 23 17 1138

EMAIL info.bayernvorwaerts@spd.de

AUF DEM WEG ZUR SCHULE FÜR ALLE? FES-STUDIE ZUR INKLUSIVEN BILDUNG IN BAYERN

Am 26. März 2009 ist in Deutschland die UN-Konvention zu den Rechten von Menschen mit Behinderung in Kraft getreten. Sie verpflichtet die Vertragsstaaten, ein inklusives Schulsystem auf allen Ebenen zu schaffen. Insbesondere das bayerische Schulsystem gerät mit der UN-Konvention unter erheblichen Reformdruck. Nur ca. 12,5% der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind an Regelschulen, bisher gilt der von der Staatsregierung vorgegebene Weg der „Inklusion durch Kooperation“. Was muss sich angesichts der neuen Rechtslage im bayerischen Schulsystem ändern? Welche Reformschritte müssen zur Umsetzung des Anspruchs auf inklusive Bildung unternommen werden?

Welche Erfahrungen können aus anderen (Bundes-)Ländern herangezogen werden?

Antworten auf diese Fragen und konkrete Handlungsempfehlung für ein inklusives Bildungssystem in Bayern gibt die neue Studie „Auf dem Weg zur Schule für alle?“, die vom BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben wurde.

Sie soll zur Orientierung im politischen Reformprozess beitragen, um Vielfalt und Unterschiedlichkeit auch im Bildungssystem als Bereicherung erfahrbar zu machen und Bildungsgerechtigkeit sowie den Zugang aller Kinder zu gesellschaftlichen Lebens- und Lernräumen zu ermöglichen. ■

BUCHTIPP



Prof. Dr. Jutta Schöler /
Prof. Dr. Kerstin Merz-Atalik /
Dr. Carmen Dorrance:
**Auf dem Weg zur Schule
für alle?**

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
im Bildungsbereich: Vergleich ausgewählter
europäischer Länder und Empfehlungen für die
inklusive Bildung in Bayern, hrsg. v.
BayernForum der
Friedrich-Ebert-Stiftung,
München 2010.

Die Studie ist online abrufbar
unter <http://byspd.de/177>
(PDF)

IMPRESSIONEN:

POLITISCHER ASCHERMITTWOCH DER BAYERNSPD

Am 9. März sprach Frank-Walter Steinmeier beim Politischen Aschermittwoch in Vilshofen a. d. Donau. Der SPD-Bundestagsfraktionschef warf der Union einen Verrat an bürgerlichen Tugenden vor: „Früher hieß das bei der CSU: Laptop und Lederhose. Heute heißt es: Copy und Paste.“

Der Landesvorsitzende Florian Pronold thematisierte das Landesbank-Debakel. Es habe die bayerischen Steuerzahler mittlerweile Zinsen in Höhe von 450 Millionen Euro gekostet. Pronold: „Die CSU steht nur noch für Chaos, Selbstbedienung und Unfähigkeit.“ ■

Videos mit Interview, einem „Best Of“ sowie den Reden:

<http://www.youtube.com/DieBayerischeSPD>

Fotos vom Politischen Aschermittwoch:

<http://www.flickr.com/bayernspd>

<http://byspd.de/170>



ENDSTATION RECHTS: NAZIS BLOCKIERT

Die gut 20.000 Gegendemonstranten, die am 19. Februar dem Aufruf des Bündnisses „Dresden Nazifrei“ gefolgt sind, konnten wie schon 2010 die geplanten Nazi-Aufmärsche verhindern. Erfreulich war, dass der Aufruf des Bündnisses auf sehr positives Feedback stieß und eine ganze Reihe Bundestagsabgeordneter, etwa SPD-Landeschef Florian Pronold, Angelika Graf und Werner Schieder den Aufruf von „Dresden Nazifrei“ unterstützten. Die Jusos Bayern setzten mehrere Busse ein und konnten sich über eine rege Beteiligung freuen.

Erlebnisbericht von Sebastian Roloff, Bezirksvorsitzender der Jusos Oberpfalz:

<http://byspd.de/178>

AUS DER PARTEI

STABWECHSEL IN FRANKEN

Personelle Veränderungen in fränkischen Geschäftsstellen: Isabella Walter ist ab April neue Geschäftsführerin im Unterbezirk Schweinfurt, Werner Brüggemann geht nach 34 Jahren bei der BayernSPD in den verdienten Ruhestand. Derya Özkan übernimmt zum 1. April die Bezirksgeschäftsführung für Unterfranken. Bereits in den vergangenen Monaten wurden die bisherigen Verwaltungsangestellten Christine Appelt (Roth), Bettina Bayerl (Hof) und Derya Özkan (Aschaffenburg) zu Geschäftsführerinnen befördert. Umgesetzt wird mit diesen Personalmaßnahmen auch die Entscheidung des Landesparteitags, die Geschäftsstellen und die Personalausstattung in der Fläche zu erhalten.

KLEINER PARTEITAG 2011

Der Landesvorstand hat in seiner Sitzung Ende Januar den Kleinen Parteitag (Landespartei) für den 22. Oktober nach Erlangen einberufen. Der gemäß §13, Abs.8 der BayernSPD-Satzung verkürzte Antragschluss (wegen Sommerferien): Freitag, 23.09.2011 (Eingang bis spät. 12 Uhr in der Landesgeschäftsstelle in München).

DAS BAYERNVORWÄRTS-KALEIDOSKOP



Drei Generationen: Steffen Hahn, Wilhelm Obst, Dr. Christoph Rabenstein.



Markus Rinderspacher und Martin Burkert bei „Fastnacht in Franken“.



UB Roth: Gratulation zu 800 Mitgliedsjahren SPD.

Drei Generationen SPD

Am 27. Februar feierte Wilhelm Obst, das älteste Mitglied der bayerischen SPD, in Bayreuth seinen 102. Geburtstag. Zahlreiche Gratulanten kamen, um dem rüstigen Jubilar die besten Wünsche für sein neues Lebensjahr zu überbringen. Obst, der seit 81 Jahren Parteimitglied ist und auch heute noch mit regem Interesse an den Geschehnissen in der Welt Anteil nimmt, hat den ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik Friedrich Ebert noch persönlich gekannt. Der junge Ortsvereinsvorsitzende Steffen Hahn und der Landtagsabgeordnete Dr. Christoph Rabenstein gratulierten Wilhelm Obst.

Faschingsnarren

Die bayerische SPD war in diesem Jahr sehr prominent beim Veitshöchheimer „Fastnacht in Franken“ vertreten – sogar auf der Bühne. Über dreieinhalb Millionen Fernsehzuschauer erlebten den großen Auftritt von SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher. An der Hand von Bauchredner Pierre Ruby musste er mit Christine Haderthauer (CSU) ein schwarz-rottes Duett anstimmen. Rinderspacher wurde am „SPD-Promitisch“ von Natascha Kohnen, Landesgruppenchef Martin Burkert, Inge Aures und der Europaabgeordneten Kerstin Westphal verstärkt.

800 Jahre SPD

Mit Florian Pronold als Gast ehrten der SPD-Unterbezirk Roth und seine Ortsvereine eine Vielzahl an (Partei-)Jubilaren. Die 800 versammelten Mitgliedsjahre gaben Landrat Herbert Eckstein Grund zu Selbstbewusstsein: „Wir sind wer im Landkreis Roth“. Besonders große „Jahres-Kontingente“ stellten dabei die Ortsvereine Schwanstetten (160 Jahre), Rednitzhembach (155 Jahre), Roth (115 Jahre) und Büchenbach (105 Jahre). Das freute auch den SPD-Landesvorsitzenden, der mit weiteren überregionalen Mandatsträgern dem Unterbezirk seine Aufwartung machte.

Landshut: Aktiv gegen Rechts

Rund 1.500 Menschen waren am Abend des 19. Februar in der Landshuter Altstadt, um mit einer Lichterkette ein „leuchtendes Zeichen gegen Rechts“ zu setzen. Aufgerufen dazu hatte der „Runde Tisch gegen Rechts“, dem auch die SPD angehört. Durch zunehmende Nazi-Aktivitäten und dem Zuzug eines bundesweit bekannten und vorbestraften Nazis – er war wegen der Vorbereitung eines Sprengstoffanschlags auf die Grundsteinlegung der Synagoge in München verurteilt worden – war die Landshuter Bevölkerung alarmiert.



Ruth Müller, Ute Kubatschka, Christel Engelhard und Anja König bei der Landshuter Lichterkette.

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Volksbegehren und Volksentscheide – das Recht mündiger Bürger oder die „Prämie für jeden Demagogen“? mit Minou Banafsche, Vorsitzende der AsJ Bayern
Prof. Dr. Peter Huber, Richter am Bundesverfassungsgericht
Prof. Dr. Jürgen Kühling, Ordinarius für öffentliches Recht, Uni Regensburg
Dr. h. c. Moritz Leuenberger, Schweizer Bundesrat a. D.
Anke Pörksen, AsJ-Bundesvorsitzende
3.4.2011, 10.00 Uhr,
Tagungszentrum im Kolpinghaus, München
Anmeldung an asj@spd.de

Weitere Termine unter www.bayernspd.de/termine